

## Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kanton in der Integration: das Beispiel Lausanne

Bashkim Iseni, Integrationsbeauftragter und Leiter des Lausanner Büros für Migrantinnen und Migranten

Seit vielen Jahren verfolgt die Stadt Lausanne, in der 43 Prozent der Bevölkerung keinen Schweizer Pass hat, eine proaktive Integrationspolitik über das 1971 gegründete Lausanner Büro für Migrantinnen und Migranten. Diese Politik ist stark im Kontext der Grundrechte verankert und zielt darauf, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu verbessern.

Dank der Finanzierung über das kantonale Integrationsprogramm (KIP) hat die Stadt Lausanne verschiedene Massnahmen ergriffen und damit Rahmenbedingungen geschaffen, welche die Chancengleichheit begünstigen. So tragen verschiedene Stellen der Stadtverwaltung tagtäglich zur Integrationsförderung bei. Hinzu kommen spezifische Massnahmen, die über die Regelstrukturen hinaus in Schlüsselbereichen der Integration zur Umsetzung des Grundsatzes der Chancengleichheit für zugewanderte Personen hinwirken.

Lausanne hat mit dem Kanton Waadt bis anhin zwei Subventionsvereinbarungen zur Umsetzung der spezifischen Integrationsförderung in der Gemeinde Lausanne abgeschlossen (2014–2017 und 2018–2021). Diese Vereinbarung zwischen Stadt und Kanton wird alle vier Jahre neu verhandelt und sieht rund zwanzig Integrationsmassnahmen vor. Die neueste Vereinbarung steht im Einklang mit dem Grundlagenpapier des Staatssekretariats für Migration und der Konferenz der Kantonsregierungen zu den kantonalen Integrationsprogrammen (KIP), die auf den geltenden gesetzlichen Grundlagen sowie den Zielen und Grundprinzipien der Integrationspolitik beruhen. Das KIP stützt sich auf die drei Pfeiler Information und Beratung, Bildung und Arbeit, Verständigung und gesellschaftliche Integration.

Unter finanziellen Gesichtspunkten gilt der Grundsatz, dass die über die sogenannten Mini-KIP-Vereinbarungen bewilligten Beiträge ausschliesslich für die spezifische Integrationsförderung zu verwenden sind. Die strategischen Ziele von Bund und Kantonen unterscheiden namentlich zwischen der Integrationsförderung durch die bestehenden integrationsrelevanten Regelstrukturen, die aus den ordentlichen Budgets der zuständigen Stellen finanziert wird, und der spezifischen Integrationsförderung über die kantonalen und kommunalen Integrationsbüros.

Die Finanzierung der Mini-KIP-Massnahmen erfolgt je zur Hälfte durch Bund–Kanton und die Stadt, die für jeden Subventionsfranken ebenfalls einen Franken investiert. Weiter finanziert die Stadt Massnahmen ausserhalb der Mini-KIP, namentlich die «Pôles Citoyenneté», aber auch die jährlich stattfindende Aktionswoche gegen Rassismus. Parallel dazu hat die Stadt Lausanne mit dem Kanton weitere Vereinbarungen abgeschlossen, die zusätzliche gezielte Massnahmen, die über jene aus der Mini-KIP-Subventionsvereinbarung hinausgehen, zum Gegenstand haben.

Im Bewusstsein, dass die Integrationsförderung einen wichtigen Beitrag zu einem besseren gesellschaftlichen Zusammenhalt im Interesse der gesamten Bevölkerung leistet, und im Einklang mit den Verpflichtungen gegenüber dem Kanton Waadt und dem Bund setzt sich die Stadt Lausanne dafür ein, die eingeschlagene Richtung sowohl finanziell als auch inhaltlich weiterzuverfolgen und die kommunale Integrationspolitik – die zu einer wichtigen Querschnittspolitik geworden ist – im Rahmen ihrer Mittel zu festigen.

### **Bashkim Iseni**

Bashkim Iseni ist Integrationsbeauftragter der Stadt Lausanne und Leiter des Lausanner Büros für Migrantinnen und Migranten (Bureau lausannois pour les immigrés, BLI). Seit 2018 ist er zudem Lehrbeauftragter am Schweizerischen Zentrum für Islam und Gesellschaft der Universität Fribourg. Vor seinem Wechsel zur Stadt Lausanne gründete er die dreisprachige Online- und Printplattform Albinfo.ch, deren Direktor er war, und produzierte Fernsehsendungen und Dokumentarfilme zu Themen der Migration und Integration in der Schweiz. Davor war er Lehrassistent und Lehrbeauftragter für internationale Beziehungen an der Universität Lausanne, wo er 2005 ein Doktorat in Politikwissenschaften erwarb. Bashkim Iseni arbeitete ausserdem als Forscher am Schweizerischen Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien (SFM) der Universität Neuenburg und ist Autor verschiedener wissenschaftlicher Publikationen zu Fragestellungen in Zusammenhang mit Migration und ethnoreligiösen Identitäten.